



SPD-Fraktion im Gemeinderat Engelskirchen
Wolfgang Brelöhr - Stv. Monika Güdelhöfer

02263/70500 wolfgang.breloehr@gmail.com
Rauscheider Str.26, 51766 Engelskirchen

Engelskirchen, den 02.07.2025

**Gemeinde Engelskirchen
Herrn Bürgermeister Dr.Gero Karthaus
Engels-Platz 2
51766 Engelskirchen**

Antrag zur Ratssitzung am 08.07.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

zur nächsten Sitzung des Gemeinderats am 08.07.2025 stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

Der Rat der Gemeinde Engelskirchen möge beschließen:

Der Rat der Gemeinde Engelskirchen protestiert gegen die vom Kreistag beschlossenen Planungen zum Erweiterungsbau des Kreishauses des Oberbergischen Kreises und lehnt diese Planungen ab. Der Rat der Gemeinde Engelskirchen fordert den Landrat auf, den Weg für eine kostengünstigere Neuplanung des Raumbedarfes der Kreisverwaltung zu ermöglichen und die Beschlussfassung bzw. die weiteren Aktivitäten zur Bauplanung eines möglichen 1. Bauabschnitt im Rahmen eines Moratoriums auf das erste Halbjahr 2026 zu verschieben.

Begründung

Bereits der erste Teilabschnitt des Anbaus des Kreishauses wird laut Planungen 93 Millionen Euro kosten und mittelfristig erkennbar die Finanzlage der oberbergischen Kommunen dauerhaft belasten, da die Kommunen letztlich über eine weiter steigende Kreisumlage die Baukosten werden tragen müssen. Etwa 9 Mio. € davon sind anteilig von der Gemeinde Engelskirchen über die Kreisumlage zu finanzieren.

Die Kosten pro qm Netto-Raumfläche in Höhe von 8733 € liegen deutlich über dem derzeitigen Standard für Büroflächen. Allgemein werden aktuell beim Neubau Kosten von 3500 € pro qm angesetzt, bezogen auf eine sehr gute Ausstattung.

Es handelt sich bei der Finanzierung des Bauvorhabens Kreishaus, das in der Summe gut 150 Millionen € für alle 3 geplanten Bauabschnitte kosten soll, um eine finanzpolitische Irreführung, die darüber hinwegtäuschen soll, dass dieses gigantische Bauvorhaben letztlich die Bürger werden bezahlen müssen. Die Kreisverwaltung argumentiert zwar mit einem „internen Kredit“, den man sich durch Rückgriff in die Pensionsrücklagen des Kreises selbst gewährt hätte, jedoch stellt sich für die Kommunen die dringliche Frage, wie die Pensionsrücklagen perspektivisch wieder aufgefüllt werden sollen. Es ist abzusehen, dass hier die Kommunen zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen des Kreises und zur Finanzierung weiterer Kreisaufgaben in die Pflicht genommen werden und so letztlich die Baukosten der Kreishausenerweiterung indirekt bezahlen zu müssen.

Perspektivisch ist mit Blick auf vergleichbare Bauprojekte zudem zu befürchten, dass die tatsächlichen Baukosten die derzeitigen geplanten Kosten deutlich übersteigen und die Kommunen in unverantwortlicher Weise weiter belasten werden.

Dass der oberbergische Kreis beim Thema Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) auf der Stelle tritt, wurde dabei noch nicht berücksichtigt. Das Potential im Bereich Digitalisierung und KI wird in den nächsten Jahren Arbeitsplätze überflüssig machen und die Raumbedarfe werden sinken. Insofern ist ein Neubau auch vor diesem Hintergrund sehr vorsichtig anzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Brelöhr